



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die innere Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

notwendigen Mehrheiten im Reichstage mit dem Zentrum zu bilden. Das Richtige ist die kaiserliche Politik, die katholischen Deutschen, die nun einmal ein Drittel unsers Volkes ausmachen, durch Pflege ihrer kirchlichen Interessen immer enger an das Vaterland zu fesseln und mit dem Vatikan ein gutes Verhältnis zu behaupten, das doch unsre nationalen Interessen niemals preisgibt. Diese freilich sehr schwierige Politik hat doch auch schon ihre Erfolge aufzuweisen. Die jüngst in Metz und in Köln durch das Vertrauen des Kaisers eingesetzten Bischöfe sind keine Hierarchen, sondern Seelenhirten ihrer Sprengel, und wenn der Staat mit den Bischöfen geht, so ist dies das beste Mittel, der demagogischen Kaplanokratie entgegenzutreten, die im Kulturkampf aufgekomen ist. Die bevorstehende Einrichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg liegt in derselben Linie; sie wird ihre Lehrer in enge Beziehungen zu den größtenteils protestantischen Professoren der andern Fakultäten bringen, und auf solche Annäherung der Konfessionen kommt es an, nicht auf die Erweiterung ihrer Trennung.

Was das Geistesleben Deutschlands bedroht, das ist gar nicht die konfessionelle Spaltung, wenn sie in vorsichtigem und patriotischem Sinne behandelt wird, das sind ganz andre Dinge: das sind zerstörende Philosopheme, die einen Teil der Gebildeten betören, der unheilvolle Einfluß einer aus den skandinavischen Ländern und aus Rußland eindringenden Dichtung, die von wahrer Sittlichkeit nichts mehr weiß und fast nur das Häßliche, Abstoßende, Gemeine als wirklich darstellt, während sich unsre eigne Dichtung und Kunst immer mehr von den Idealen der klassischen entfernt, ein platter Nützlichkeitsdrang, der unsre alte Bildung verflacht, ein überspannter „Nationalismus,“ der den großen Kulturzusammenhang dieser Bildung zerreißen möchte und doch gegen das Eindringen fremder, moderner Verirrungen ganz ohnmächtig ist, und der unter allen diesen Einflüssen sinkende Idealismus gerade unsrer gebildeten Jugend, bei der oft die frechsten Spöttereien unsrer widerwärtigsten Witzblätter ein nur allzu williges Echo finden. Wenn wir aber erst unsern Idealismus verloren haben, den frohen Glauben an geistige Güter, an alles Gute, Wahre und Schöne, dann hat unser Volk sein Bestes verloren. Das ist es, was uns mit Besorgnis für die Zukunft erfüllt. *



Die innere Lage



n unsern auch politisch so schnelllebigen Tagen ist es für eine Wochenschrift schwer, sich vor Überholungen zu hüten. Das geschriebne Wort riskiert auf dem Wege durch die Druckerei post festum zu kommen, auch wenn der Reichstag Weihnachtsferien hat. Kaum war der neue Zolltarif, trotz der vorhergegangnen Verschleppung zuletzt überraschend schnell, zustande gekommen, da war die Tagespresse auch schon darauf gespannt, ob etwa noch am Silvester Handelsverträge gekündigt werden

könnten oder der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des neuen Tarifs vom Kaiser bestimmt werden würde. Das wolle man beim Lesen der nachstehenden Gedanken über die innere Lage beim Jahreswechsel von vornherein berücksichtigen.

Der Kampf um den Zolltarif, der unser politisches Leben jahrelang und vornehmlich im letzten Jahre in hohem Grade erregt und verbittert hat, ist durch die verfassungsmäßige Verabschiedung des Gesetzes durch Reichstag und Bundesrat noch im alten Jahre zu Ende gebracht worden. Das ist unstreitig ein Ergebnis von außerordentlicher und bei unbefangener Beurteilung auch von höchst erfreulicher Bedeutung. Möchte man auch vom prinzipiellen und theoretischen Standpunkt aus schon an dem Regierungsentwurf des neuen Tarifs manche Änderung für wünschenswert halten, möchte man erst recht manche Änderung, die die Kommission vorgenommen hatte, und die durch die „Verständigung“ Gesetz geworden ist, als verfehlt betrachten, so war doch die rechtzeitige Herstellung der von den verbündeten Regierungen für unentbehrlich erkannten neuen gesetzlichen Basis für die Vereinbarung neuer Handelsverträge ein so auf der Hand liegendes, dringendes Bedürfnis, daß wir schon vor Jahresfrist trotz aller prinzipiellen und theoretischen Bedenken die schleunige Einigung der Mehrheit auf der Regierungsvorlage empfehlen mußten und uns auch jetzt — nach der monatelangen unnötigen Verzögerung dieser Einigung — des ungewöhnlich beschleunigten Zustandbringens des Gesetzes im berechtigten Interesse der praktischen Politik aufrichtig erfreuen können. Immer haben wir die Ansicht vertreten, daß man bei der Neuordnung unsrer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande im Reichstag den verbündeten Regierungen und der zur Vereinbarung von Handelsverträgen berufenen Stelle ein größeres Maß von Vertrauen entgegen bringen, in weiterem Umfange freie Hand lassen müsse, als man bis in die jüngste Zeit rechts ebenso wie links gewillt war. Die Natur internationaler Verhandlungen macht das doch nun einmal unabweisbar nötig. Vollends hier, wo es sich um die Vereinbarung eines neuen Netzes internationaler Handelsverträge über Europa hinaus handelt, bei denen nicht nur der Ausgleich zwischen den Interessen Deutschlands und des Auslands in Betracht kommt, sondern sich auch die vielgestaltigen handelspolitischen Beziehungen der außerdeutschen Vertragsstaaten untereinander überall geltend machen. Ganz abgesehen von den rein politischen Rücksichten, die — man mag theoretisch sich noch so sehr bemühen, Politik und Handelspolitik auseinander zu halten — praktisch doch vielfach von großem Einfluß sein müssen. Kaum von einer unsrer Parteien wird es bestritten, daß die Handelsverträge des Deutschen Reichs in gewissem Grade bestimmend sein können für die Gestaltung der Gesamtheit der neuen Handelsverträge der Welt überhaupt. Gerade deshalb sollte man doch einsehen, daß unsrer Diplomatie in der Verabredung neuer Handelsverträge eine ganz außerordentlich große, heikle, verantwortungsvolle Aufgabe gestellt ist, deren gedeihliche Lösung durch nichts so sehr gefährdet würde, als durch parlamentarische Winkulierungen und Indiskretionen. Jeder verständige Parlamentarier, der überhaupt die Fortführung einer den Bedürfnissen des Deutschen Reichs entsprechenden Handelsvertragspolitik wollte, mußte es als

selbstverständlich anerkennen, daß die Vertreter der Regierung bei den Verhandlungen über den Zolltarif die praktisch vielleicht am schwersten wiegenden, in dem besondern Gebiet der Diplomatie liegenden Gründe nicht der parlamentarischen Diskussion preisgaben und auch hinter den Kulissen nur mit aller Reserve einige Karten aufdeckten. Die Geschichte früherer Handelsvertragskampagnen lehrt, wie leicht man geneigt ist, wirkliche und vermeintliche üble Folgen von Verträgen auf vorzeitige Offenherzigkeit der Regierungen und ihrer Unterhändler zurückzuführen, und doch scheint man nicht zu bedenken, daß die Offenherzigkeit gegen das eigne Parlament genau derselbe Fehler ist wie die Offenherzigkeit gegen das Ausland. Was für einen Tarif die Regierung für die Durchführung des jetzt gewiß schon eröffneten Kampfes um eine möglichst günstige Position des Deutschen Reichs in der neuen internationalen Handelsvertragspolitik haben muß, das konnte sie nur selbst beurteilen und entscheiden.

So mußte der Regierung im parlamentarischen Kampf um den Zolltarif ein ziemlich weitgehendes Benefizium des Bessermwissens und des Geheimhaltens nach der Natur der Sache eingeräumt werden. In gewissem Sinne gilt das vielleicht auch für den Schlußakt dieses Kampfes, für die in der parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reichs immerhin einzig dastehende Abkürzung der zweiten Beratung im Plenum des Reichstags. Die Regierung hat mit Recht jede Verantwortung für die Art, wie der Reichstag seine Geschäftsordnung auslegt und handhabt, abgelehnt. Daß das „Bedenkliche“ im Antrag Kardorff — um mit dem Grafen Ballestrem zu reden — nicht vermieden worden ist, wenn es vermieden werden konnte, ist jedenfalls nicht ihre Sache. Wenn die Mehrheit nicht früher zur „Verständigung“ zu bringen war, und wenn sie die Verständigung endlich nur in einer „bedenklichen“ Form zustande kommen lassen wollte, so mußte die Regierung natürlich die Sache über diese von ihr gar nicht abhängende Form setzen und die unerwünschten Nebenwirkungen in den Kauf nehmen. Sie brauchte die schleunige Verabschiedung des Tarifs, und wo doch offenbar der energische Beginn der diplomatischen Aktion auf die Nägel brennt, hat kein Mensch das Recht, ihr zu bestreiten, daß sie ihn brauchte, um das Reich vor schwerem Schaden zu bewahren. Das in Grund und Boden verfahrne Parteiwesen im Reichstag, das unstaatsmännische, pflichtwidrige Verhalten der Parteien rechts und links seit Jahr und Tag — sogar als die Obstruktion der Sozialdemokraten und ihrer Gehilfen schon angekündigt war und begonnen hatte — mußte für das Reich eine ernste, wirkliche Notlage heraufbeschwören. Die Vernunft ist den Herren erst sehr spät gekommen, erst dann, als nur noch ein Notweg zur Rettung offen stand. Erst das Verhalten der Obstruktionisten hat ihnen den willkommenen Vorwand geboten, schließlich aus der Not eine Tugend zu machen.

Wir haben von dem bösen Willen der Sozialdemokratie immer das Schlimmste erwartet, und die Mehrheitsparteien hatten schon längst keinen Grund, etwas andres zu erwarten. Sie wußten, was kommen würde, und sie schienen zum Teil auch damit zu rechnen. Wenn sie jetzt von ihrer Notwehr gegen die Obstruktion reden und schreiben, so sollten sie hinzusehen, daß sie selbst sich

erst in die Notlage versetzt haben. Ihre Parteipresse mag ihnen Ruhmeskränze für den durch ihre Schuld verzögerten Sieg winden, die Geschichte, die die Wahrheit sagt, wird ihnen den Dank versagen, denn ihre Schuld ist es gewesen, daß die Verabschiedung des Zolltarifs schließlich in einer Form erfolgt ist, die — mag man diese oder jene juristische Deutung der Geschäftsordnung für zulässig halten — tatsächlich die politische Lage am Jahreswechsel unnötig verschärft und vor allem den sozialdemokratischen Landschädigern unnötig die Waffen geschliffen, ihnen unnötig neue halbe und ganze Freunde geworben hat. Das mag manchen von der Mehrheit gleichgiltig, einigen vielleicht sogar erwünscht sein, wir müssen es bedauern. Die Sozialdemokraten zu isolieren scheint uns der ernstesten Sorge wert, und deshalb schon der Schein des „Bedenklichen“ im Kampf für den Zolltarif vom Übel zu sein.

Das mußte gesagt werden, denn gerade daraus erwächst uns und vollends den Parteiorganen der Mehrheit doppelt die Pflicht, in den Kämpfen, die das neue Jahr bringen wird, mit Nachdruck allen Einflüssen entgegenzutreten, die das Vertrauen zum Kaiser und zu den verbündeten Regierungen zu untergraben drohen in Stadt und Land. Die Lage ist nicht dazu angetan, daß wir in heller Freude über das Zustandekommen des Zolltarifs vor der gewaltigen Macht die Augen schließen dürften, mit der namentlich die sozialdemokratische Partei — alle Mauerungshoffnungen zum Narren machend — ihre verbitternde Wählerarbeit aufzunehmen entschlossen ist. Die aus Irrenhaus erinnernde Form, die nach der Einbringung des Kardorffschen Antrags die Obstruktion im Reichstag annahm, war eine wohl vorbereitete Fanfare, mit der die in der Auswahl ihrer Agitationsmittel nur zu geriebene Partei die Eröffnung des Feldzugs unter der erlognen Parole „gegen den Brotwucher“ den unzufriednen Massen ankündigte. Sie brüllten ihr Martyrium zum Fenster hinaus, während sie im Herzen jubelten, daß sie so die deutschen Arbeiter noch fester an ihr Narrenseil knüpften.

Es wird im neuen Jahre wohl noch manchmal den Grenzboten zur Pflicht werden, die Verlogenheit des gegen die verbündeten Regierungen und den neuen Zolltarif erhobnen Vorwurfs, daß sie sich dem „Brotwucher“ dienstbar machten, ins rechte Licht zu rücken, wie sie es von Beginn des Kampfes an wiederholt für ihre Pflicht gehalten haben. Wir wollen heute, im Rahmen dieser allgemeinen Betrachtung, das Pulver nicht in Einzelheiten verschießen. Nur über die durch den verabschiedeten Tarif veränderte Sachlage im ganzen sollen die Hauptpunkte kurz besprochen werden.

In § 1 des Tarifgesetzes ist von der durch die Kommission beschlossenen Erhöhung der Mindestzollsätze auf die Hauptgetreidearten Weizen, Roggen und Hafer Abstand genommen und die Regierungsvorlage wieder hergestellt worden. Es stellen sich die Mindestzollsätze für den Doppelzentner wie folgt:

	Neuer Tarif	Kommissions- beschluß	Bestehender	
			Generaltarif	Vertragstarif
	Mark	Mark	Mark	Mark
Weizen auf	5,50	6	5	3,50
Roggen „	5	5,50	5	3,50
Hafer „	5	5,50	4	2,80

Daß das eine wesentliche Erhöhung der Brotgetreidezölle im Vergleich mit dem bestehenden Vertragstarif bedeutet, ist in den Grenzboten gegen die extrem agrarischen Forderungen oft genug betont worden, und daß von „Brotwucher“ bei dem weitgehenden Notstande der deutschen Landwirtschaft trotzdem nicht geredet werden kann, sollte vom sozialdemokratischen Standpunkt aus von Leuten, die nicht lügen wollen, am wenigsten geleugnet werden. Für Gerste hatte der Entwurf einen Mindestzoll von 3 Mark vorgesehen gegenüber dem Satz des bestehenden Generaltarifs von 2,25 Mark und des bestehenden Vertragstarifs von 2 Mark. Im verabschiedeten Gesetz ist der Mindestzoll für Futtergerste weggefallen, dagegen für die Braugerste ein solcher von 4 Mark festgelegt worden. Nichts ist verkehrter und verlogner, als aus dieser Abänderung des Gerstenzolls der Regierung den Vorwurf des „Umfalls“ zu machen. Es möge hier genügen, darauf hinzuweisen, daß gerade Professor S. Conrad in Halle, der als „Antiagravier“ verschrien und gepriesen wird, die Unterscheidung der beiden Gerstenarten und den höheren Schutzzoll für Braugerste im volkswirtschaftlichen Interesse warm befürwortet hat. Brotwucher wird man den Braugerstenzoll nicht nennen, eine höhere Besteuerung des Biers als Bierwucher kaum verdammen können. Die technische Schwierigkeit der Unterscheidung der Brau- und der Futtergerste zu bemängeln, haben die überprotektionistischen Sozialdemokraten am wenigsten das Recht. Das Protektionssystem ist ja ein „System“ von lauter solchen Schwierigkeiten. Die starke Erhöhung des Haferzolls ist eine Sache, die die Agrarier unter sich abmachen müssen. Tatsächlich schreiben die Bauern am meisten danach. Mögen sie ihre Erfahrungen am eignen Leibe machen. Die Hauptsache ist: von einem „Umfall“ der verbündeten Regierungen bei den Mindestzöllen des § 1 zu reden ist einfach gelogen.

Wesentlich ist noch der Verzicht der Reichstagsmehrheit auf den zu § 12 des Entwurfs gefaßten Kommissionsbeschluß, wonach der Tarif spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten sollte. Es bleibt hier dabei, daß dieser Zeitpunkt, gesetzlich ganz unlimitiert, durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt werden wird. Daß die Regierung in das Verbot von Gemeindeabgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Backwaren, Vieh, Fleisch u. dergl. vom 1. April 1910 ab, und in die gesetzliche Festlegung der Mehrerträge aus den wichtigsten Nahrungsmittelzöllen zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung hat einwilligen müssen, kann man als unzumutbar bemängeln, aber ein „Umfall“ vor den Agrariern ist auch das auf keinen Fall, und eine Verschlechterung des Tarifs als Basis für neue Handelsverträge doch vollends nicht. Von großer Bedeutung zu Gunsten der Handelsvertragspolitik dagegen ist der Verzicht des Reichstags auf die von seiner Kommission verlangte Festlegung von Mindestzöllen für Vieh, Fleisch u. dergl. Die Annahme niedrigerer Zölle im Generaltarif — also Maximalzölle — für Spaten, Heu- und Düngergabeln, Sensen, Sichel und andre landwirtschaftliche Bedürfnisse aus der Produktion der Eisenindustrie wird von der Linken schwerlich ernstlich angefochten werden. Wenn aber für eine Reihe zum Teil sehr wichtiger Nahrungsmittel, namentlich landwirtschaftlicher Produkte, so auch für Vieh und Fleisch, und für einzelne industrielle Hilfsstoffe, z. B. Quebrachholz,

die von der Kommission beschlossenen, unsers Erachtens teilweise übermäßigen Erhöhungen der Maximalsätze des Regierungsentwurfs infolge der „Verständigung“ Gesetz geworden sind, so konnte die Regierung hier ohne Gefährdung des Abschlusses günstiger Handelsverträge eben deshalb Konzessionen machen, weil es sich um Maximalsätze handelte. Das als Unglück zu verschreien, kann uns nicht einfallen, so sehr wir auch die Kommissionsbeschlüsse als unnötig oder übermäßig verurteilen mußten. Die Regierung hat freie Hand behalten, im Interesse der Handelspolitik selbst unter die in ihrem Entwurf vorgeschlagenen Generaltariffsätze hinabzugehen. Wenn alles gewissenhaft erwogen wird, so muß jeder, der gerecht und sachlich urteilen will, zu dem Ergebnis kommen: die Aussichten für den Abschluß günstiger langfristiger Handelsverträge im Sinne der Handelsvertragsfreunde sind durch die infolge der „Verständigung“ im Gesetz vorgenommenen Änderungen des Regierungsentwurfs überhaupt kaum berührt, auf keinen Fall aber sind sie schlechter geworden. Der Vorteil, der der Handelsvertragspolitik des Deutschen Reichs zweifellos aus der Verabschiedung des Tarifs im alten Jahr erwächst, ist also nicht durch seine geringere Tauglichkeit als Rüstzeug der Handelsvertragspolitik erkauft worden.

Und kann wohl nach allem, was das abgelaufne Jahr gezeigt hat, jemand im Ernst noch an der festen, ehrlichen Absicht der verbündeten Regierungen zweifeln, die Handelsvertragspolitik, wenn irgend möglich, ohne Unterbrechung fortzusetzen? In dieser Beziehung ist doch Gott sei Dank an der Jahreswende die Lage vollständig geklärt, beruhigt, fest. Nur Tore, mit denen man nicht zu rechnen braucht, können freilich erwarten, daß der Bau der neuen Handelsverträge auf einen Hieb fertig dastehn wird, und nur Tore können daran denken, daß einem solchen Widersinn zuliebe das Deutsche Reich à tout prix seine Stellung im Zusammenhang der neuen Handelsverträge der Welt leichtfertig festlegen sollte. Setzt sind die Diplomaten an ihrer schwierigen Arbeit. Das öffentliche Dreinreden muß aufhören, und namentlich werden sich die Handelsvertragsfreunde hüten müssen, sich den Vorwurf gemeinschädlicher, unpatriotischer Indiskretion zuzuziehn dadurch, daß sie noch ferner durch rechthaberisches Betonen vermeintlicher Schwächen unsrer Position und des neuen Tarifs die Geschäfte des Auslands besorgen. Mancher Unverstand in dieser Richtung, der während des parlamentarischen Kampfes um den Zolltarif vielleicht noch auf ein gewisses Maß von Entschuldigung hoffen durfte, mußte jetzt als unverzeihlicher Verrat an der deutschen Volkswirtschaft, am Deutschen Reiche verurteilt werden. Die Grenzboten haben die ehrlichen Freunde einer liberalen Handelspolitik oft genug davor gewarnt, das Gewicht ihres sachverständigen Rats bei den Verhandlungen über die Handelsverträge selbst nicht durch unverständige, bis zur Billigung und Ermunterung der Obstruktion getriebene Opposition gegen den von der Regierung geforderten Zolltarif zu verschmerzen. Wenn sie nicht ganz von Sinnen sind, sollten sie sich wenigstens jetzt ehrlich auf den Boden des zum Gesetz gewordenen Tarifs stellen. Sie werden dann wahrscheinlich — hoffentlich nicht ohne Beschämung — erfahren, daß, wo es dem gemeinen Besten dient, die Regierung ihren guten Rat im neuen Jahre, trotz des törichtesten Verhaltens im alten, zu hören bereit sein wird. Vor allem ist ihnen dringend

zu raten, daß sie ihrer Presse und ihren agitatorischen Sprechern die höhnischen Prophezeiungen, daß die Regierung mit diesem Tarif überhaupt keine Handelsverträge zustande bringen werde, ernstlich verbieten. Wie kann gebildeten Handelsvertragsfreunden die Albernheit solcher Prophezeiungen verborgen sein? Sehen sie denn nicht ein, daß die Regierung, die allein die Beziehungen zum Auslande, soweit sie hierbei in Betracht kommen, übersehen kann, den Propheten so weit überlegen ist, daß eigentlich mit jedem Worte, das ihnen vom Regierungstische gegönnt wird, zu viel Ehre angetan wird? Die beschämende Erfahrung, daß sie sich mit ihrer verrannten Opposition schon sträflich blamiert haben, kann den Propheten eine kurze Zeit als mildebrnder Umstand angerechnet werden. Aber fortsetzen dürfen sie die Weissagungen nicht, wenn sie nicht unrettbar an der öffentlichen Blamage zu Grunde gehn wollen. Das mag scharf und grob klingen, aber diesen höhnenden, verbissenen Propheten gegenüber ist es weder zu scharf noch zu grob.

Der wichtigste Erfolg der „Verständigung“ zu Gunsten der Handelsvertragspolitik ist aber vielleicht darin zu sehen, daß es der Regierung gelungen ist, für die Annahme der zu vereinbarenden neuen langfristigen Handelsverträge im neu zu wählenden Reichstag eine Mehrheit, wenn nicht zu sichern, so doch in hohem Grade wahrscheinlich zu machen. Die Mehrheit des jetzigen Reichstags, die nach der Verständigung für den Tarif gestimmt hat, hat sich in dieser Beziehung gebunden. Die Gefahr der Ablehnung neuer Handelsverträge, wenn die Regierung ihre Vereinbarung auf der Grundlage des bestehenden Generaltarifs hätte versuchen wollen, stand handgreiflich vor Augen. Wie wäre denn in dem neuen Reichstage für solche Verträge eine auch nur einigermaßen zuverlässige Mehrheit zu schaffen gewesen? Eine Erhöhung der Getreidezölle gegen den geltenden Vertragstarif in den neuen Verträgen vorzusehen, wären die verbündeten Regierungen verpflichtet geblieben. Die Sozialdemokraten und ihre Bundesgenossen hätten Abschaffung jedes Getreidezolls verlangt, die extrem-agrarische Strömung würde, gewaltig gestärkt, in den konservativen Parteien und dem Zentrum sicher erfolgreich für die Ablehnung eingetreten sein, und eine vertragslose Ära wäre wahrscheinlich unvermeidlich geworden. Es ist bezeichnend, daß sogar der so viele Köpfe und Federn in Bewegung setzende Handelsvertragsverein einer ernstern Erwägung dieser Eventualität bisher immer aus dem Wege gegangen ist. Er soll jetzt noch sagen, wie er sich die Sache eigentlich gedacht hat. Notabene: ohne Staatsstreich, gegen den sich die Herren mit Recht, wenn auch grundlos, so sehr entrüsteten. Die ganze Forderung hatte tatsächlich nur Sinn, wenn die, die sie stellten, den verbündeten Regierungen einen regelrechten Staatsstreich, einen Verfassungsbruch in optima forma gegen die heutigen Mehrheitsparteien zumuteten. Und das konnten sie doch nüchternen Kopfes nicht tun. Also was wollten sie, was gesehn sollte?

Daß die „entwegten“ Agrarier der Mehrheitsparteien die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, wenn sie in ihren, von der extremen Richtung — nicht ohne ihr Verschulden — aufgeregten Wahlkreisen den „unentwegten“ Herren vom Bunde der Landwirte, und was sich zu ihm schlägt, nicht vielfach unter-

liegen wollen, liegt auf der Hand. Aber wir halten ihren Sieg, wenn sie sich ordentlich rühren, für leicht und sicher. Es ist erst kürzlich in den Grenzboten darauf hingewiesen worden, daß unsre Landwirte gern Frieden haben, und am liebsten mit der Regierung, und daß anderseits gerade sie ihren Abgeordneten ein so hohes Maß von persönlichem Vertrauen entgegenbringen, daß der Einfluß der bündlerischen Agitatoren, so gut sie ihre schwächsten Seiten zu packen wissen werden, dagegen verhältnismäßig wenig bedeutet. Solange die Herren Abgeordneten der Mehrheit selbst Bündler waren, oder doch der bündlerischen Propaganda die Stimmenwerbung überließen, wie sollten da die Wähler zu einer selbständigen Kritik der extremen Agitation gelangen? Diese Lage ist jetzt von Grund aus verschoben. Die Extremen haben sich zum neuen Kampf gerüstet und viel Zuversicht an den Tag gelegt, soweit das auf Papier mit Druckerwärze möglich ist. Ob sie im Herzen so viel Zuversicht haben, ist eine andre Sache. Wir sind fest überzeugt, daß die Mehrzahl der unentwegten Herren nichts sehnlicher vom neuen Jahre wünscht, als daß es ihnen einen Weg zeigen möchte, auf dem sie mit Anstand aus der Affaire herauskommen können, in die sie sich verrammt haben. Der Bund der Landwirte — das steht trotz aller entgegengesetzten lärmenden Behauptungen jedenfalls fest — geht aus dem Kampf um den Zolltarif infolge der „Verständigung“ bis zur Krisis geschwächt hervor. Er ist, wenn die Verständigungsleute sich treu bleiben — und sie werden es wahrscheinlich müssen —, keine Macht mehr und deshalb keine Gefahr mehr.

Ganz anders steht es mit den Extremen links. Sie gehn mit verschärftem Rüstzeug in die bevorstehende Wahlkampagne, und wenn auch vorläufig das Mehr an Mandaten, das sie vielleicht erobern, für das Reich mehr eine Schande als eine wirkliche Gefahr bedeuten wird, das Mehr an Verbitterung und an Blindgläubigkeit, das sie dabei in der Masse der deutschen Arbeiterschaft, in der ganzen breiten Schicht der von der Hand in den Mund lebenden, vermögenslosen und von Vermögenserwerb so gut wie ausgeschlossenen Bevölkerung erzeugen werden, das ist in der That eine furchtbare Gefahr, gegen die vor allem die gebildeten Deutschen, reich und arm, gar nicht zeitig und nachdrücklich genug zu wohl überlegtem, energischem Kampf aufgerufen werden können.

Es ist in den Grenzboten vor kurzem die tief beklagenswerte journalistische Leistung verdienstermaßen abgetan worden, zu der sich der alte Theodor Mommsen hat verleiten lassen. Wir brauchen deshalb hier nicht mehr auf sie einzugehn. Aber leider hat Mommsen in seinem Artikel nur einem Gedanken Ausdruck gegeben, der seit einiger Zeit in immer weitem Kreisen der liberalen Politiker, der liberalen Presse, des liberalen gebildeten Bürgertums, und man muß hinzufügen, auch der liberalen Beamten, soweit es noch solche gibt, Eingang zu finden anfängt oder doch gläubig nachgesprochen wird, dem Gedanken, daß das Bündnis mit der Sozialdemokratie im Interesse und im Sinne des Liberalismus geboten sei. So ungeheuerlich die Begriffsverwirrung ist, die diesem Gedanken zu Grunde liegt, so verhängnisvoll ist der Vorspanndienst, den er dem gemeingefährlichen, der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung ins Gesicht schlagenden Wesen der Sozialdemokratie als

politischer Partei leistet, und so furchtbar schwer ist der Schade, den er dem berechtigten deutschen Liberalismus zufügt. Wenn auf irgendwen und irgendwas das Wort des Abgeordneten von Kröcher von der politischen „Minderwertigkeit“ der Epigonen zutrifft, so trifft es auf die Liberalen zu, die das Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei predigen. Bei manchen von ihnen mag die Freundschaft für die Sozialdemokratie einfach parteitaktischer, freilich überaus kurzsichtiger und irrtümlicher Erwägung entspringen. Sie sehen, daß sie durch eigne Wähler keine Mandate mehr erreichen können, und deshalb hoffen sie auf das Almosen sozialdemokratischer Stimmen, sei es auch nur bei dieser und jener Stichwahl. Das Wesen der Sozialdemokratie ist ihnen ganz gleichgiltig. Aber die große Mehrzahl der Sozialdemokratenfreunde glaubt, wie es scheint, wirklich an eine berechnete politische Mission, und zwar an eine „liberale“ Mission der Partei der Singer, Liebknecht und Bebel. Sie glaubt an den Beruf dieser Partei, die berechtigten Interessen der Arbeiter, der Vermögenslosen, der gesellschaftlich unten stehenden großen Mehrheit der Mitbürger im Reich politisch gegen die obere, die sogenannten herrschenden Klassen vertreten zu müssen. Dieser Grundirrtum über Wesen und Bedeutung der Sozialdemokratie ist unendlich mächtiger und gefährlicher als die taktischen Notbehelfe, und er findet leider Boden und Nahrung weit über die Grenzen des Partei-liberalismus hinaus. Daß es der sozialdemokratischen Partei gelungen ist, die politische Vertretung der Arbeiterschaft in so weitem Umfang an sich zu reißen, wie das jetzt der Fall ist, macht sie noch längst nicht zur berufenen und berechtigten Vertreterin dieser weitaus größten Mehrheit des deutschen Volkes. Das Wesen der politischen Partei wird bestimmt durch ihr politisches Endziel, ihre unmittelbare praktische Wirkung und die Mittel, die sie anwendet. Das politische Endziel der Sozialdemokratie ist und bleibt der Umsturz der staatlichen Ordnung im Sinne einer unklaren, utopischen Diktatur, ihre unmittelbare Wirkung ist die Erhaltung, Erregung und maßlose Verschärfung der Unzufriedenheit und des Hasses der Massen gegen alles, was besteht, und ihr Hauptmittel dazu ist eine raffinierte, fast virtuose Verlogenheit.

So viel man auch von ihrer Mauferung geredet hat und noch reden mag, die Sozialdemokraten als Partei bleiben ein Ding sui generis, etwas Fremdes, ein Todfeind dem Ganzen und den andern Parteien gegenüber. Was einzelne Sozialdemokraten in der Theorie an Mauferung zeigen, vermag an dem Wesen der Partei gar nichts zu ändern. Die Theorie beherrscht nicht die Massen, und die viel gepriesenen Herren Revisionisten der Sozialistischen Monatshefte müssen, wo es sich um die praktische Politik der Partei handelt, bestenfalls den Mund halten. Und was das erst recht vielgepriesene schätzenswerte „Zusammenarbeiten“ mit den bürgerlichen Parteien betrifft, so müßten die Sozialdemokraten ja die ärgsten Narren sein, wenn sie, wo immer die Gesellschaft in Staat und Gemeinde die Interessen der untern Schichten zu fördern sucht, den Dank bei den Massen nicht für ihre Partei abzufangen bemüht wären. Dazu gehört natürlich, daß sie auch Initiative entwickeln und überall da, wo die bürgerliche Gesellschaft soziale Pflichten versäumt oder nur halb erfüllt, mit dem allergößten Geräusch als die Pflichtgetreuen in den Vordergrund

treten. Und ebenso natürlich ist es, daß sich die Partei trotz ihrer charakteristischen Verlogenheit eifrig bemüht, die Wahrheit mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit zu sagen und an den Tag zu bringen, wo es ihren Zwecken dient und der Gesellschaft schadet. Und sie machen das alles fast immer mit einer so ausgesprochenen Schadenfreude, lassen fast immer die Absicht so herausfordernd merken, daß es aussieht, als ob sie ihre besondere Freude daran hätten, zu erproben, wie weit die Dummheit oder Angst ihrer bürgerlichen Liebhaber eigentlich geht. Es ist uns immer unbegreiflich gewesen, daß die liberalen und auch die kathedersozialistischen Mauerungsgläubigen aus diesem selbstverständlichen, durch die primitivste taktische Klugheit gebotnen äußerlichen Gutestim der Sozialdemokratie auf ein Gutsein ihres Wesens, ihrer Ziele, ihrer Wirkungen und ihrer Mittel schließen konnten. Nicht die Sozialdemokraten verdienen deshalb Lob, sondern wir verdienen dafür Tadel und Schande, daß wir ihnen die Initiative in der sozialen Pflichterfüllung so oft überlassen, und daß wir, Gott sei geklagt, so vielfach der Wahrheit nicht zu ihrem Recht verhelfen, wo es zum Wohl des Ganzen und namentlich im Interesse der tiefer stehenden, schwächeren Mitbürger geboten ist. Es ist hier nicht möglich, auf das Einzelne im sozialdemokratischen Parteitreiben näher einzugehn oder das, was zu seiner Bekämpfung im einzelnen zu geschehn hat, darzulegen. Nur das sei noch hervorgehoben, daß in diesem Kampfe gegen die Herrschaft der Sozialdemokratie über die aus der Hand in den Mund lebenden vielen Millionen deutscher Männer und Frauen die politische Flunkerei und Scharfmacherei der größte Fehler, die unverantwortlichste Sünde sein würde. Niemand, weder nach oben hin noch nach unten, ein X für ein U zu machen, gewissenhaft das Recht zu wahren gegen jedermann, das müssen wir uns geloben, denn sonst würden wir den Feind stärken, den wir schlagen wollen. Es wird wohl unter denen, die das lesen, manche geben, die anderer Meinung sind, die im politischen Kampf, auch im innern, die Gewalt über das Recht stellen und die Waffen danach wählen, wie der Gegner kämpft. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie hat aber seine eigne Art; er besteht zum guten Teil in der Verführung irvegeleiteter Massen, denen der Glaube an unsre Unehrlichkeit und Ungerechtigkeit tagtäglich gepredigt wird. Man soll sich hüten, sie in diesem Glauben zu bestärken.



Das Goldne Vließ



enn man von den drei halbgeistlichen Ritterorden absieht, die gegenwärtig der Krankenpflege und andern frommen Zwecken gewidmet sind, so gehören zum vollen Festschmuck eines europäischen Souveräns bekanntlich acht Ordensdekorationen, deren Embleme für fünf der Heiligen Schrift und der Hagiographie, für drei dem Tierreiche entlehnt sind. Mit den Heiligen haben es der St. Andreasorden (russ.), der Annunziatenorden (ital.), der unter dem Patronate des heiligen Georgs

Grenzboden I 1903